Hallesche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 327

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Freitag, 30. Juli

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Unaufhaltsamer Rückzug der Polen

Der Zusammenbruch

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Berlin, 29. Juli.

Während der angekündigte Waffenstillstand noch immer nicht zustande gekommen ist, vollendet sich mit Sicherheit der Zusammenbruch der polnischen Nordarmee. Inmitten der in voller Auflösung befindlichen polnischen Nordarmee ist es schwer ein klares Bild der Lage zu entwerfen. Eine beispiellose Kopflosigkeit hat die Polen ergriffen. Ihr Nachrichtendienst versagt vollkommen. Ihre Dispositionen widersprechen sich. Die Nachschübe bleiben aus. Ein Zusammenhang zwischen den fliehenden Truppen hat vollkommen aufgehört.

Ueber den schnellen Vormarsch der Russen von Grodno nach Ossowicz teilt der an die Front entsandte Sonderberichterstatter der „Nationalzeitung" folgendes mit:

„Nachdem die Russen am 25. Juli Grajewo endgültig genommen hatten, besetzten sie noch in der gleichen Nacht Sokolka auf dem Wege nach Bialystok. Zu dieser Zeit war der polnische Widerstand an der Njemenlinie bereits gebrochen, auch am Ugunskikanal. Am Abend des 26. Juli standen die Russen bereits bei Janow und Suchowola, wobei sie Augustowo vollkommen unbeachtet ließen mit dem Ziel, schnellstens gegen Ossowicz vorzudringen. Außerdem wollten sie die Umfassung des polnischen Nordflügels vollenden, da Teile der polnischen ersten Armee Bialystok noch im verzweifelten Ringen hielten. Gestern warfen nun die Russen weitere Reiterei darunter Orenburger Kürassiere und Kubankosaken gegen Ossowicz vor. Zur gleichen Zeit stießen zwei andere Kavalleriebrigaden gegen Kunscjn und Wasilkow vor, an welcher Linie die Polen die Bialystock zu verteidigen suchten. Als ich gestern abend Grajewo erreichte, so fährt der Berichterstatter fort, fand ich dort bereits die fliehenden polnischen Gendarmerietruppen aus Litauen vor, ebenso Teile der Trains der polnischen 7. und 4. Eskadron der zum Flankenschutz der polnischen Nordarmee bestimmten Ulanenregimenter. Kurz darauf wurde mir schon mitgeteilt, daß die russische Kavallerie bereits im Rücken der polnischen Nachhut Sizysizyn erreicht hatten, also schon auf 4 Kilometer an östlich Bialystock herangekommen waren.

Der Zusammenbruch des polnischen Nordflügels bietet ein Bild wie es sich einem Weltkriegsteilnehmer nie geboten hat. Kunterbunt durcheinander marschieren die abgekämpften Infanterieabteilungen, Artillerie und Trainabteilungen. Alle Straßen sind verstopft. Die Stimmung unter den polnischen Truppen, die aus den Kämpfen kommen, ist sehr schlecht. Besonders jetzt, wo die Russen in den letzten Kämpfen fast unglaubliche Erfolge erreicht haben.

Die polnischen Truppen, die sich in Litauen befinden, versuchen sich durch die Sümpfe und Riesenwälder von Augustowo einen Weg nach Westen zu bahnen, wo sie aber bereits von den Russen erwartet werden. Es ist bezeichnend, daß die Russen fast vollkommen ohne Artillerie vordringen.

Der polnische Heeresbericht

w. Kopenhagen, 28. Juli.

Einem Warschauer Telegramm zufolge meldet der polnische Heeresbericht: Beim Zbruz wurden alle feindlichen Angrifffe abgewiesen. Westlich von Dubno zersprengten wir die 45. bolschewistische Infanteriedivision und die 14. Kavalleriedivision. Nördlich Luzk in der Gegend bei Susk haben wir die 131. bolschewistische Brigade geschlagen, wobei wir Kanonen, Wagen, viele Maschinengewehre usw. erbeuteten und viele Gefangene machten. Der Feind flüchtete in Unordnung. In der Gegend nördlich von Pinsk beim Oginski-Kanal wurden vom Feinde heftige Angriffe unternommen.

w. Kowno, 28. Juli. (Litauische Telegr.-Agentur.)

Heute ist Joffe mit der Antwort der russischen Regierung auf die Note des litauischen Ministers des Aeußeren aus Moskau nach Riga zurückgekehrt. Die Verhandlungen sollen unverzüglich beginnen. Die lettische Regierung hat der litauischen Regierung den Vorschlag gemacht, Verhandlungen zwischen beiden Staaten über den Grenzverkehr und militärische Fragen einzuleiten. Die litauische Regierung hat den Vorschlag angenommen und ihre Vertreter bestimmt. Das Kabinett hat beschlossen, die lettische Regierung zu ersuchen, ihre Vertreter zu diesen Verhandlungen nach Kowno zu entsenden.

In scheinbarem Widerspruch dagegen steht jedoch folgende Meldung:

b. Kopenhagen, 29. Juli.

Wie „Berlingske Tidende" aus Helsingfors meldet, berichtet das Revaler Blatt Vaba Maa, daß hochstehende Persönlichkeiten innerhalb der russischen Sowjetregierung erklärt hätten, die Sowjetregierung habe niemals die Selbständigkeit der Randstaaten ernst genommen, und es auch nicht für möglich gehalten, daß diese dauernd von Rußland getrennt sind. Wenn ein großes und ungeteiltes Rußland für die Zarenregierung notwendig gewesen sei, so sei dies in noch höherem Grade für die Sowjetregierung der Fall. Die Selbständigkeit der Völker sei eine schöne Idee, aber das praktische Leben mache es notwendig, daß man diese Idee nicht verwirkliche. **Es wäre wünschenswert, wenn die baltischen Länder selbst die Frage ihres Anschlusses an Rußland aufwerfen würden. Im entgegengesetzten Falle würden sie dazu gezwungen werden. Die Räteregierung meine, daß jetzt von einer Selbständigkeit Estlands und Lettlands nicht** die Rede sein könne. Die wichtigste Frage sei, wann der Weg Rußlands durch Estland und Lettland an die Ostsee eröffnet werde.

Die „Revision" der Militärgerichtsbarkeit

Lärmszenen der Unabhängigen — Abg. Düwell (Bezirk Merseburg) beleidigt deutsche Richter
Des Justizministers richtige Antwort

Deutscher Reichstag

13. Sitzung. Donnerstag, 29. Juli, 1 Uhr nachmittags.

w. Berlin, 29. Juli.

Haus und Tribünen sind nur schwach besetzt. Am Ministertisch Reichswehrminister Geßler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des vom Abg. Müller-Franken eingereichten Gesetzentwurfes, betreffend

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. **Radbruch** (Soz.) spricht über den Zusatzantrag zum Gesetzentwurf, der in einzelnen Paragraphen kleine Abänderungen vorsieht. Das Gesetz soll dazu dienen, einer Justizschmach endlich ein Ende zu machen.

Abg. **von Gallwitz** (Deutschnat.) nimmt die Militärgerichtsbarkeit in Schutz. Es handele sich hier um politische Motive. Er frage, ob denn die Bluturteile der Sowjet-Armee von Zivilgerichten gefällt wurden. Die Militärgerichte seien viel besser als ihr Ruf. Er könne als altgedienter Soldat das besser beurteilen als die Gegner. Er hoffe, daß der Baum, an dem die Wespen nagen, noch manches Jahr schöne Früchte tragen werde.

Abg. **Rosenfeld** (U. S.): Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein Führer aus dem fluchbeladenen Kriege sich hinstelle (stürmische Proteste, allgemeines Durcheinander, Glocke des Präsidenten), dessen Worte bewiesen, daß er selbst keine Ahnung von den furchtbaren Strafen des Blutregiments habe. (Schallende Heiterkeit rechts.) Die weiteren Worte des Redners gingen in dem Lärm und den fortwährenden Unterbrechungen im Zusammenhang verloren. Redner fährt fort: Die Militärgerichte haben im deutschen Volke jedes Vertrauen verloren.

Abg. **Bell** (Ztr.): Angesichts der veränderten militärischen Verhältnisse sei seine Partei der Ansicht, daß jetzt die bürgerliche Gerichtsbarkeit notwendig sei. Sie erkenne die Zuverlässigkeit und Pflichttreue der Militärgerichte gern an, aber sie erachtet diese Gerichte jetzt nicht mehr für angebracht.

Abg. **Brülinghaus** (D. Vpt.): Dr. Rosenfeld hat der Kaste der Offiziere die Schuld an allem gegeben. Namens der 10 000 Offiziere, die der grüne Rasen deckt, erhebe er gegen die Beschimpfung Einspruch. Er sei überzeugt, daß nicht zehn Jahre vergehen würden, bis das deutsche Volk die Elemente, die uns in das Unglück der Revolution gestürzt haben, verfluchen würde. Redner wendet sich sodann gegen einige Einzelheiten des Entwurfes und schließt mit dem Hinweis, daß er die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für einen schweren Fehler halte. Redner schließt mit dem Appell an alle, sie möchten dafür sorgen, daß die 100 000 Mann Reichswehr, die jetzt zur Entlassung kämen, eine Unterkunft finden. Auch er erkenne die Dienste der Militärgerichte an, aber es seien doch auch schwere Fehler vorgekommen.

Reichswehrminister Geßler sieht in dem Entwurf die Einlösung eines in Weimar gegebenen Versprechens und erklärt die Annahme durch die Regierung. Er erhofft davon eine Beruhigung der politischen Atmosphäre und verlangt gleichzeitig eine Reform der bürgerlichen Strafrechtspflege in dem Sinne, daß der Tat schneller die Ahndung folge.

Die Paragraphen 1 bis 8 werden angenommen.

Zu Paragraph 9 beantragen die Unabhängigen **Verbot des Waffengebrauchs bei Verhaftungen.**

Abg. **Herzfeld** (U. S.) begründet den Antrag.

Abg. **Haas** (Dem.) meint, unter gewissen Umständen müsse der Soldat schießen können, so einfach sei die Sache also nicht.

Ein Antrag der Unabhängigen auf Schießverbot für Soldaten wird im Wege des Hammelsprungs mit 192 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird angenommen.

Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Abg. Brüninghaus (D. Vpt.) Einspruch.

Es erfolgt die zweite Lesung des Reichsnotetats.

Abg. **Vogtherr** (U. S.) hält es nicht für zeitgemäß, daß der Präsident der Republik Herr über Leben und Tod sei, wie seinerzeit die Landesfürsten. Er bedauert, daß der Präsident auch in solchen Fällen Todesurteile unterzeichnet habe, wo es sich darum handelte, Uebergriffe, die in der Hitze der politischen Kämpfe und im Dienst der Freiheit vorkamen, zu sühnen. Redner verlangt Aufhebung des Ausnahmezustandes. Der Reichspräsident sei überhaupt eine der überflüssigsten Institutionen.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) erwidert, Vorredner habe keinen Beweis dafür erbracht, daß der Präsident die ihm zustehenden Rechte jemals überschritten habe.

Vizepräsident Bell erklärt, der ehemalige deutsche Kaiser dürfe jetzt zwar in der Debatte erwähnt werden und muß sich auch eine Kritik gefallen lassen, aber es sei Pflicht des Präsidenten ihn wie jeden anderen Staatsbürger gegen eine persönliche gehässige und beschimpfende Form zu schützen.

Abg. **Vogtherr** (U. S.) beharrt darauf, daß Präsident Ebert als Sozialdemokrat die Verpflichtung habe kein Todesurteil zu unterzeichnen und führt mehrere Fälle aus dem Ruhrrevier an, in denen auf Begnadigungsgesuche überhaupt nicht geantwortet wurde oder die Begnadigung glatt abgelehnt wurde. Er wundert sich, daß die Rechte eine historische Strohpuppe sich als ihren Kaiser (!) darstelle, die im Moment der Gefahr feige die Flucht ergriffen habe.

Reichsjustizminister Heinze stellt nach Aktenmaterial einige Fälle im Ruhrgebiet anders dar als der Vorredner.

Beim Kapitel Reichstag wünscht

Abg. **Haußmann** (Dem.) angesichts der großen Aufgabe, die dem Hause bevorstehen und angesichts des Umstandes, daß der Reichswirtschaftsrat die gleichen Fragen behandeln werde, das Mittel gefunden würden, die Verhandlungsfähigkeit des Hauses zu stärken, etwa durch eine Begrenzung der Redezeiten.

Beim Kapitel Reichswirtschaftsministerium fordert

Abg. **Dr. Hertz** (U. S.) die Sozialisierung des Bergbaues und der Papierindustrie.

Zum Kapitel Reichsmilitärgericht bringt

Abg. **Rosenfeld** (U. S.) seine bekannten Klagen aufs neue vor. Jedes jetzt noch gefällte Urteil müsse in einer Statistik aufgenommen werden und sofort eine allgemeine Amnestie gefordert werden. Speziell die Anordnungen des Reichsmilitärgerichtes in Schutzhaftsachen forderten zu schwerster Kritik heraus. Redner verlangt Zulassung der Oeffentlichkeit zu den Verhandlungen des Reichsmilitärgerichtes.

Beim Kapitel Reichsjustizministerium erhebt

Abg. **Ludwig** (U. S.) Anklage gegen die Reichsjustiz, deren Unterorgane den Anordnungen des Herrn Ministers nicht folge leisteten. Hierzu gehört der Fall Dorten, ebenso wie die noch immer nicht erfolgte Freilassung der Verhafteten von der roten Armee. In Kassel sei der Kommunist Minster verhaftet und bis heute sei seinem Rechtsanwalt nicht Einsichtnahme in die Akten gestattet worden. In 6000 Fällen seien Verhaftungen im Rheinland und Westfalen vorgenommen worden. Er wirft sodann der Regierung Bruch der Abmachungen in Bielefeld vor und verurteilt das Wüten der Reichswehr bei der Säuberung des Ruhrgebietes. Wann werde der erste Prozeß gegen die Offiziere stattfinden, die Arbeiter niedergeschossen?

Abg. **Düwell** (U. S.) stimmt der Amnestie zu, aber nicht als einer Gnade, sondern als einer Selbstverständlichkeit. Die Verurteilung der im Ruhrgebiet geübten Rechtsprechung und die Zivilrechtsprechung leisteten noch schmachvolleres als die Militärjustiz. Redner führt dann aus Mitteldeutschland eine Reihe von Beispielen an, in denen die Justiz jedenfalls mit ungleichem Maße gemessen habe und bedauert, daß die Kommandanten der Reichswehr in Thüringen, die sich offen auf die Seite der Kappisten gestellt hätten, noch immer unbehelligt ihre Tätigkeit fortsetzen könnten. Als Redner im Laufe seiner Ausführungen von der Unverschämtheit eines Landgerichtsdirektors spricht, wird er vom Präsidenten unterbrochen und als er den Ausdruck nochmals gebraucht, zur Ordnung gerufen. Desgleichen unterbricht der Präsident, als Redner von pöbelhaften Beschimpfungen eines Staatsanwaltes spricht. Redner fordert sofortige Revision der im letzten halben Jahre ergangenen Urteile des Naumburger Landgerichtes gegen Arbeiter.

Vizekanzler und Reichsjustizminister Heinze entgegnet alle Anklagen gegen die Reichswehr hätten nichts mit der Justiz zu tun. Die Anklagen seien sämtlich derart, daß er nicht imstande sei, sie hier im einzelnen durchzugehen. Er habe nicht die Absicht, sich der Verantwortung, die ihn treffen könne, zu entziehen. Er zollt sodann der Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue deutscher Richter hohes Lob. Zur Ruhrgebietsfrage erwähnt er, daß bislang 1279 Begnadigungsgesuche und 567 davon bereits bewilligt worden seien. Aus allen diesen Anklagen spreche nur der Haß gegen die deutsche Justiz.

Das Haus genehmigt das Kapitel Reichsjustizministerium.

Während einer Geschäftsordnungsdebatte erklärt

Reichswehrminister Geßler,

daß im Friedensvertrag die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt werde. Die große Vorlage über diesen Punkt werde erst im Herbst kommen. Morgen werde eine den Wünschen der Entente entsprechende Notverordnung zur Erledigung kommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf morgen vormittag um 11 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Interpellationen und kleinere Vorlagen.

Schluß ½8 Uhr.

w. Berlin, 29. Juli.

Mit Rücksicht auf die kurze Tagungsdauer des Reichstages ist dem Reichsrat nicht der Reichswehrgesetzentwurf, sondern ein Notgesetz vorgelegt worden. Es führt die Ueberschrift „Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Regelung der Dauer der Dienstverpflichtung." Der Entwurf wurde mit einigen Abänderungen vom Reichsrat angenommen. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und kommt voraussichtlich morgen auf die Tagesordnung des Reichstages.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007301-11/fragment/page=0001
DFG

Genf im September

w. Genf, 29. Juli.

Aus Paris wird gemeldet:

Millerand erklärte, die neue Konferenz in Genf werde erst im September stattfinden können.

*

b. Paris, 29. Juli.

Der Finanzausschuß der französischen Kammer beriet gestern nachmittag den Gesetzentwurf über die Bewilligung der durch das Kohlenabkommen mit Deutschland notwendig gewordenen Vorschüsse. Nachdem der Finanzminister eine ganze Reihe von Fragen einzelner Mitglieder beantwortet hatte, weigerte sich der Ausschuß mit 12 gegen 8 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen, in die Beratung der einzelnen Artikel einzutreten. Man nimmt an, daß auf Antrag des Ministerpräsidenten der Finanzausschuß sich heute nachmittag in seiner Anwesenheit nochmals mit der Kreditforderung befassen wird.

w. Paris, 29. Juli.

Die sozialistische Kammerfraktion hat eine Entschließung eingebracht, durch die die Regierung aufgefordert wird, kein Abkommen über die Wiedergutmachung zu unterzeichnen, ohne die vorherige Zustimmung der beiden Parlamente.

Heeresstärken

Nachfolgende Aufstellung auf Grund zuverlässiger Mitteilungen dürfte angesichts unserer Entwaffnung besonderes Interesse haben.

Die Friedensdiktate, die die Entente den im Weltkriege unterlegenen Mittelmächten nacheinander auferlegte, sind sich außerordentlich ähnlich. Der Geist des Vertrages von Versailles herrscht in den Verträgen mit Oesterreich, Ungarn und Bulgarien ebenso wie in dem, der jetzt das Schicksal der Türkei entscheiden soll. In einem Punkte sind sich die Verträge ganz gleich: Die besiegten Staaten sollen wehrlos gemacht, ihre militärische Kraft soll vernichtet werden. Es ist lehrreich, einen vergleichenden Blick auf die Heeresstärken zu werfen, die auf der einen Seite den Besiegten künftig noch gestattet sein werden und die auf der anderen Seite die Sieger zur Sicherung ihrer eigenen Interessen trotz des Völkerbundes für nötig erachten.

Deutschlands Heer muß nach dem Diktat von Spa bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann herabgesetzt werden. Das verstümmelte Oesterreich darf eine Wehrmacht von 30 000, Ungarn eine solche von 35 000 Mann halten. Bulgarien behält ein Heer von 25 000 Mann, die Türkei soll das ihrige auf 50 000 Mann herabsetzen. Für alle diese Staaten gilt die gleiche schwerwiegende Bedingung, daß sie die Wehrpflicht abschaffen und zum Söldnersystem übergehen müssen. Dadurch wird ihnen die Möglichkeit genommen, sich einen Stamm ausgebildeter Männer zu schaffen und im Kriegsfalle ihr Heer zu verstärken. Nur Bulgarien ist es bisher gelungen, in diesem Punkte eine Aenderung des Vertrages und die Zustimmung der Entente zur Einführung einer beschränkten Wehrpflicht mit dreijähriger Dienstzeit zu erlangen.

Demgegenüber betrachte man unsere bisherigen Gegner! An der Spitze marschiert hier, wenn man von dem noch im Kriegszustand befindlichen Sowjetrußland absieht, Frankreich mit einer Gesamtheeresstärke von rund 700 000 Mann, die sich im Oktober auf 800 000 erhöhen wird. England hat mit Einschluß seiner indischen Armee und der Eingeborenentruppen in den Kolonien rund 600 000 Mann unter den Waffen. Italien begnügt sich mit 190 000 Mann, die Vereinigten Staaten von Amerika mit einem stehenden Heere von 297 000 Mann. Japans Wehrmacht zu Lande ist auf 300 000 Mann zu schätzen. Das kleine Belgien hat über 100 000 Mann, Griechenland und Rumänien haben je etwa 200 000 Mann unter den Waffen. Das polnische Heer zählte bei Beginn des Abenteuers gegen Sowjetrußland rund 540 000 Mann; Tschechien verfügt über ein stehendes Heer von 205 000, Jugoslawien über ein solches von 170 000 Mann. Auch die auf dem Gebiete des ehemaligen Rußland neu erstandenen Kleinstaaten haben sich stattliche Armeen geschaffen. Die lettische und litauische Armee haben eine Stärke von je 55 000, die finnische und estnische von je etwa 30 000 Mann.

Nur England, gestützt auf seine insulare Lage und seine mächtige Flotte, und die Vereinigten Staaten, die ihre geographische Lage vor jeder unmittelbaren Bedrohung schützt, haben die im Kriege eingeführte allgemeine Wehrpflicht aufgegeben und sind zum Söldnersystem zurückgekehrt. Bei einigen der Kleinstaaten steht die endgültige Wehrverfassung noch nicht fest. In allen übrigen Staaten aber besteht die allgemeine Wehrpflicht nach wie vor zu Recht; sie sind also in der Lage, im Kriege ihre Heere in kurzer Zeit auf das Vierfache der Friedensstärke zu bringen.

Das Unsinnige und auf die Dauer Unmögliche des durch den Machtspruch der Sieger so geschaffenen Weltbildes wird deutlich, wenn man sich überlegt, daß z. B. ein Land wie Belgien mit seinen 7½ Millionen Einwohnern eine halbe Million Krieger ins Feld stellen kann, während ein 60-Millionen-Volk wie das deutsche sich für die Sicherung seiner weiten und allerwärts offenen Grenzen mit dem fünften Teile dieser Stärke begnügen soll.

*

Zur Ausgestaltung der neuen Reichswehr sind vom Reichswehrministerium eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen: Vom 1. Oktober ab beginnt für alle Angehörigen der Reichswehr ein zivilberuflicher Unterricht, der dazu dient, für künftige Berufe die Soldaten vorzubereiten. Die Einrichtung von Soldatenheimen, Heeresbüchereien, Sportfesten, Vortragsreihen ist geplant, um den Soldaten in der freien Zeit Anregungen zu bieten und seine Geschmacksrichtungen zu veredeln. — Von allem überflüssigen Arbeitsdienst in den Truppenküchen, Magazinen usw. ist der Reichswehrsoldat befreit. Hierfür werden Zivilkräfte angestellt. Auch die Abhaltung von Kochlehrgängen ist geplant, um die Verpflegung zu verbessern, zu verbilligen und abwechselungsreicher zu gestalten.

Bela Khun darf reisen

w. Berlin, 29. Juli.

Da die ungarische Regierung den angekündigten Antrag auf Auslieferung Bela Khuns bisher nicht stellte, beschloß die deutsche Regierung die Abreise Bela Khuns und seiner Begleiter in von ihnen selbst gewähltes Ausland nicht länger zu verhindern — Natürlich!

Die Wahrheit über die Entente-Transporte

Eine Warnung der Regierung.

w. Berlin, 29. Juli.

Zu den zahlreichen, die Bevölkerung beunruhigenden Gerüchten über die Beförderung von Truppen und Material der Entente auf deutschen Eisenbahnen, die im Kriege Polens mit Sowjet-Rußland verwendet werden sollen, erfährt W. T. B. von zuständiger Stelle folgendes:

„Es gehen regelmäßig Nachzüge und Abzüge zu und von den in den Abstimmungsgebieten Ostpreußens, Westpreußens und Oberschlesiens stationierten Besatzungstruppen. Diese Transporte dienen lediglich dem Zweck, die Besatzungstruppen abzulösen und mit Material zu versehen und werden daraufhin von den zuständigen deutschen Stellen regelmäßig kontrolliert. Die Bevölkerung der Ortschaften, welche diese regelmäßigen Transporte passieren, kann nicht nachdrücklich genug gewarnt werden, sich von irgendwelchen alarmierenden Gerüchten über den Charakter dieser Transporte beeinflussen zu lassen, oder sich gar zu einer unbesonnenen Haltung ihnen gegenüber verleiten lassen. Die Transporte erfolgen durchaus in Uebereinstimmung mit der Bedingung des Friedensvertrages hinsichtlich der östlichen Abstimmungsgebiete und zwar bereits seit Monaten. Sie stehen in keinerlei Beziehung zu dem polnisch-russischen Krieg und können daher nicht im geringsten die von den Deutschen erklärte Neutralität beeinträchtigen.

Die schwere Last in den Rheinlanden

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages.

w. Berlin, 29. Juli.

Im Hauptausschuß des Reichstages teilte bei dem Titel Vermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete der Sozialdemokrat Stücklen als Referent mit, daß dort 150 000 Mann fremde Truppen sich befinden und etwa 94 Delegierte der Rheinland-Kommission mit ihrem Troß, deren Kosten das Reich bezahlen müsse. Dazu kämen die für den hohen Ausschuß eingesetzten Kosten von 20 Millionen Mark bis Ende April 1920. Es seien von uns 1783 Millionen Mark in bar gezahlt worden, außerdem an unmittelbaren Leistungen 1565 Millionen, insgesamt 3348 Millionen. Die Ansprüche der fremden Offiziere auf Wohnungen und deren Ausstattung wären außerordentlich hohe. Der Delegierte der Rheinland-Kommission habe eine zehn Zimmer-Wohnung und für deren Ausstattung 28 000 Mark verlangt, während dessen Gemahlin noch weitere Forderungen stellt. So müsse das Reich zum finanziellen Ruin gebracht werden.

Der Reichsminister von Raumer betonte gegenüber diesen Ausführungen, daß in der Tat die Frage aufgeworfen werden müsse, wie Deutschland die Reparationskosten tragen solle, wenn für die Besatzung des besetzten Gebietes eine so unberechenbare hohe Summe ausgegeben werden müßte. Eine Verringerung drr Truppen werde geeignet sein, unsere Lasten herabzumildern.

Der Demokrat Koroll besprach die Verhältnisse im besetzten Gebiet aus eigener Anschauung und schilderte die infolge des rücksichtslosen Vorgehens der französischen Okkupationstruppen als außerordentlich schlimm. Die Abneigung gegen das Vorgehen der französischen Militaristen in allen Kreisen des rheinischen Volkes sei stark im Wachsen begriffen. Von Separationsbestrebungen könne keine Rede sein.

Gegen den bayerischen Justizminister

Daß ein Deutschnationaler in Bayern Justizminister geworden ist, gefällt in Berlin Herrn v. Gerlach gar nicht, und er gießt in seiner „Welt am Montag" daher die Schale seines Zornes über diesen Herrn Roth und die demokratische Partei aus. Er findet Beziehungen zwischen der Tatsache, daß Ludendorff sich in Bayern ankauft, wo eben dieser Roth Minister ist, der zum Ueberfluß auch noch Hauptmann ist, und schreibt:

Dieser Herr Roth war während des Krieges Leiter des militärischen Ueberwachungsdienstes im Stellvertretenden Generalkommando des 1. bayerischen Armeekorps. Die „Süddeutsche Presse" des demokratischen Majors Endres schreibt über seine Tätigkeit in dieser Amtsstelle:

„Er hatte in dieser Stellung nicht nur ein Amt sondern eine Meinung, und diese Meinung deckte sich mit den schärfsten Anforderungen des militärischen Unterdrückungssystems, das während des Krieges gehandhabt wurde. Die Vergewaltigung aller derer, die gegen die offizielle Kriegszielpolitik und die der Annexionisten aufzutreten wagten. Er war der typische Repräsentant der Vereinigung von verfolgungssüchtigem Polizeigeist mit militärischem Machtdünkel. Wenn man in Zensurfragen auf dem Kriegsministerium und auf dem Generalkommando zu tun hatte, so war es ein Unterschied wie Tag und Nacht. Die Macht hieß Hauptmann Dr. Roth."

Daß die Demokratische Partei es neben diesem Herrn Roth noch immer im bayerischen Ministerium aushält, beweist, welches Maß von reaktionärer Belastungsprobe die bayerischen „Demokraten" auszuhalten fähig sind.

So Herr v. Gerlach, der die schönen Tage nicht vergessen kann, als sein Freund Eisner der mächtigste Mann in München war. Seitdem ist aber die Stimmung so gründlich umgeschlagen, daß die bayerischen Demokraten sich ganz entschieden bedanken von einem Mann Belehrung zu empfangen, der zwar immer noch sich Demokrat nennt, aber längst auf dem Boden der Unabhängigen steht.

Reinfall eines sozialistischen Moralpredigers

Man schreibt uns:

Gelegentlich einer Versammlung, die der Deutsche Bund für Gewerbe, Handel und Industrie am 16. Juli in Ahrensbök veranstaltete, erlebte der mehrheitssozialistische Agitator Thätner einen bösen Hereinfall. Herr Thätner, der den Vortrag des Bundesvorsitzenden J. Henningsen-Hamburg schon am Anfang vergeblich zu stören versuchte, wetterte nachher los gegen die Landwirte, die nicht genügend Brotgetreide abgeliefert hätten, beschimpfte den Mittelstand als „Parasiten" und gebrauchte auch sonst allerhand kräftige Ausdrücke. In den schönen Zeiten des verflossenen Arbeiterrats war Herr Thätner der Hauptmacher bei den Revisionen auf dem Lande und hatte sehr oft über das mangelnde vaterländische Pflichtgefühl der Landwirte, die u. a. angeblich Brotgetreide verfütterten, geklagt. In der Aussprache richtete nun der Herr Mühlenbesitzer Blohm, Ahrensbök, nachdem Herr Thätner persönlich und gehässig geworden war, an ihn die Anfrage, ob es wahr sei, daß Herr Thätner an seine Schweine Brotgetreide verfüttert hätte. Angesichts der erdrückenden Beweise zog es Herr Thätner, sichtlich nervös, vor, die Verfütterung von Brotgetreide an seine Schweine zuzugeben. Die nicht gerade geistreichen Gesichter, welche die Genossen des Herrn Thätner bei diesem Schuldbekenntnis ihres Redners machten, kann sich der Leser wohl selbst ausmalen. Ob man nun Herrn Thätner wegen seines Verbrechens gegen hungernde Großstadtkinder aus der sozialistischen Partei ausschließen wird? Wir glauben nicht daran, denn was bei einem Bürgerlichen ein Verbrechen ist, wird bei einem Sozialisten gern mit dem Mantel der Liebe zugedeckt. Das nennt man dann „Gleiches Recht für alle".

Die Pläne der Linksradikalen

bilden den Grund zur folgenden Anfrage der Deutschnationalen Fraktion.

In der Zeitschrift „Deutsche Wirtschaftshilfe" vom 29. Juni befindet sich folgende Nachricht:

„Kürzlich sprach in Elberfeld der Führer der K. A. P. D. Laufenberg aus Hamburg in der Stadthalle zu der revolutionären Arbeiterschaft. Etwa 1000 Personen aller radikalen Parteien waren anwesend. Laufenberg sprach ohne Rückhalt aus, daß die Errichtung der Räterepublik in kürzester

---

(Nachdruck verboten.)

Die Kinderlosen

35] Roman von Marie Diers.

„Mudding — ick bün doch dien Jung —" er sagte es nicht. Er dachte es nur. Manches dachte der Tien jetzt, mehr als er je gedacht hatte, geradeher aus dem tiefsten Grund herauf. Da hatte etwas im Schlaf gelegen, alle die Jahrzehnte hindurch, bis jetzt in sein schier dreißigstes Jahr. Ein Simplicissimus, mit ungeschlachten Gliedern und struppigem Haarwuchs. Wie aber nun das Herz dermaßen hämmerte und stieß, daß drinnen alle Wellen gegeneinander schlugen, da wachte es auf. Da schlug es himmelblaue Augen auf, da kam es herauf.

Aber für Eine, für die Nächste, für die Beste — um fünf Minuten zu spät. Wie der Simpel draußen im Lichte des Tages stand, da war seine Mutter schon tot.

Nicht einmal das armselig öde Letzte war in Ordnung gekommen. War der Tien zu dem Amtsrichter gelaufen, hatte alles begutachten lassen, hatte zu dem erstaunten Gerede, daß er selber darinnen doch recht schlecht abgeschnitten habe, ungeduldig nur die Achseln gezuckt. Was da! Obs richtig aufgesetzt und unterfertigt wäre, wolle er wissen. Das Uebrige sei ihm Wurst.

„Is gaud, Tien, nu is gaud", hatte die Alte ihn belobt. „Nu hest ook in Ordnung brächt. Büst jüs ümmer so'n fahrigen Jung west." Er dachte, nun könne man ruhig schlafen auf dieser Sache. Am anderen Tage, als er noch oben kam, empfing ihn die Alte schon mit ganz flackrigen Augen. „Is't ook wahr, oder hest mi wat värmakt? Du hest mi as Jung ümmer wat värmakt. Du büst 'n ganzen lichtfahrigen Slüngel."

Ja, Mutter, es wäre wahr. Was sie sich nur immer so anstelle. Na — ob's auch wirklich und wirklich sei? Und das Gequäle hörte nicht auf.

Da holte er den Amtsrichter herauf.

Ja also, es war alles in Ordnung und Richtigkeit. Jetzt glaubte sie es. Nun ließ sie die Sache wirklich ruhen. Sie hatte doch noch ihren Klauk, wie der alte Jonenz behauptete. Dem redete kein Mensch ein, daß sie etwa im Geist nachlasse. Er besorgte jetzt ihre Rosen, an die sie früher keinen Menschen ließ, weil sie sonst zugrunde gegangen wären. Das kommt eben so. Wer sollte sie denn besorgen, wenn nicht er?

Im Grunde hielt sein eigener Klauk mit dem seiner alten Herrin so ziemlich gleichen Schritt.

Dieser Pastor, der Elias Hennecke hieß, war ein neuer, erst seit dem Winter hier. Ein noch junger, der auf seiner vorigen Stelle Frau und Kind im Wochenbett verloren hatte. Er war hager und sehnig, und es gingen allerlei Geschichten von ihm um, die man sich auch an Tiens Stammtisch erzählte. Daß er z. B. nachts seine Haustür nie zuschlösse, damit seine Gemeindekinder ihn auch nachts finden könnten, so daß wirklich ein paarmal Leute vor seinem Bett gestanden hätten. Daher dachte Tien nicht besonders hoch von ihm und meinte, er solle nur beten, man werde vielleicht mitbeten können und sich damit ein wenig beruhigen.

Aber wie der Mann anfing, am Bett der alten Matte Gott anzurufen, war es, als ginge plötzlich ein Meer auf und träte über seine Ufer und es sei Gefahr, daß man selber davon verschlungen werde. Es war kein stilles, sanftes Beten, wie Tien es vom vorigen Pastor an Sterbebetten kannte, sondern das Ausströmen einer so mächtigen Gebetskraft, das Reden mit Gott, als sei er gegenwärtig, das Hinwerfen aller Not und Angst auf den lebendigen Gottessohn, ein starkes Ringen mit dem Teufel, der immer wieder dazwischen fuhr, daß es Tien schwindlig zumute ward. Sein schwacher Seelenstand hielt diesen Ansturm nicht mehr aus. Er fühlte schon, wie die Wogen ihm über den Kopf gingen. Wenn er das noch länger mit anhörte, fiel er um oder er brüllte laut heraus.

Er stand nicht weit von der Tür. Tappend wandte er sich und schlich hinaus. Mattes Schlafstube lag oben im Giebel. Er torkelte noch ein paar Schritte weiter bis an die Bodentreppe, wohin die Stimme des Geistlichen nur in unverständlichen Stößen drang. Da legte er den Kopf an einen Balken und stöhnte jäh heraus.

So war es recht — so mußte es kommen. Nun lief er davon, wenn seine Mutter starb. Was war er denn noch? Er hatte nicht Mutter, nicht Weib, nicht Kind. Und den großen Gott, den die da drinnen hatten, den hatte er auch nicht. Er war ein unnützer dürrer Strunk. Haut ihn ab! Hau dich selber ab, verpfuschter Kerl!

Wenn es zu einer guten frischen Tat gelangt hätte! Wenn man mit sich selber aufräumen könnte wie mit einem alten Schindgaul. Dann hätte er vielleicht im Augenblick des Knallens noch eine kurze Hochachtung vor sich selber gefühlt. Aber da sitzt wieder die grausige Angst vor dem Nachher, vor dem Dunkel, in das man springen soll.

Ja — das ist so merkwürdig: Man wundert sich, wenn der da drin mit dem Teufel spricht, als rede der Mann in veralteter, lächerlicher Sprache, als streite er wieder blauen Dunst. Und man selber? Man hat alle Aufklärung der Zeit in vollen Zügen, an der Quelle sogar getrunken, als Mediziner, als Naturwissenschaftler, man lacht über den Hokuspokus seit seinem zwanzigsten Jahr, und dann plötzlich, am entscheidenden Punkt, wenn man hinter und vor sich nichts sieht als ein verfahrenes, verpaßtes Leben, ohne Ausblick, ohne Zweck und Ziel, und sich selbst eine Last ist — da steht ein dunkles Gefühl da, das einem im Wege steht, und in dem dunklen Gefühl, da steckt bei genauem Hinsehen derselbe Glaube, den der da predigt, nur daß der ihn laut bekennt und mit ihm ringt, ehrlich, Faust an der Kehle, und man selber steht da bleichnasig, schlotternd, mit dem Herz in den Hosen.

Das ist die Welt! Das ist wirklich eine verrückte Welt. Zum Donner, ihr Gelehrten, dann sagt uns doch nicht erst solchen Blödsinn, wenn es doch nur bis zu einem gewissen Punkte reicht. Gute brave Kost für den Alltag, aber macht mal einen Schritt weiter, dann steht ihr schon wie die Kuh vor dem neuen Tor.

Nein, nein, es ist alles durcheinander! Und was die große Wissenschaft in all den Jahrhunderten nicht klargestellt hat, damit wird ein Martin Gallöper dann im Handumdrehen auch nicht fertig.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007301-11/fragment/page=0002

...mit **Gewalterfolgen** würde in Verbindung mit Vorstoß der russischen Sowjettruppen. **Waffen wären** genügend vorhanden. Die Verteilung würde früh... erfolgen, nachdem das Zeichen zum Losschlagen gegeben sei. ...hängige, Kommunisten und Syndikalisten und alle anderen ...tionären Arbeiter würden diesmal ganze Sache machen ...n, damit endgültig die Vorherrschaft des Proletariats ge... sei. Das Zeichen zum Losschlagen könne schon in aller... Zeit gegeben werden, doch sei man sich leider an oberster ... noch nicht ganz einig."

Inzwischen sind auch in der „Magdeburgischen Zeitung“ ge... Angaben über den bolschewistischen Feldzugsplan er...

Was gedenkt die Regierung gegenüber einer der... Propaganda für den Umsturz der Reichsverfassung zu tun?

Die deutschnationale Fraktion.

Berlin, den 28. Juli 1920.

...ne Ostjudendebatte im Hauptausschuß

Die Deutschnationale Partei hatte im Hauptausschuß ...ratung des Reichsministeriums des Innern folgenden Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu er...:

1. in geeignet erscheinender Weise darauf hinzuwirken, daß der Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente, insbesondere über die Ostgrenze, gewehrt werde,
2. in geeignet erscheinender Weise darauf hinzuweisen, daß fremdstämmige Elemente, soweit sie sich als lästig erweisen, über die Grenze, sofern angängig, zurückgebracht und erforderlichenfalls inzwischen interniert werden,
3. dem Reichstag beim Wiederzusammentritt eine Denkschrift über die Einwanderung fremdstämmiger Elemente seit 1914, über die gegen unerwünschte Einwanderung getroffenen älteren und neuen Maßnahmen und über das bisherige Ergebnis derselben vorzulegen.

D. Mumm begründet den Antrag. Im Augenblick, da uns Massenauswanderung droht, erhalten wir eine immer noch ...ebende Einwanderung fremdstämmiger, uns völlig kulturfremder Elemente aus Galizien und Polen, die unsere Wohnungs- und Nahrungsmittelknappheit wie den Kohlenmangel erhöht. ...ente niedersten Schiebertums, durch Razzia in der Berliner ...adierstraße aufgegriffen und nach Zossen interniert, wurden ...ald wieder auf das deutsche Volk losgelassen. So gern wir in deutscher Kultur lebenden Balten aufgenommen, so nötig gerade im Hinblick auf die Ereignisse dieser Tage im Osten, sofortiges Sperren der Ostgrenze und möglichste Zurück...ung der unerwünschten Zuwanderung.

Der Mehrheitssozialist Hoch erklärt sich, obwohl er die ...eren Mißstände der Osteinwanderung anerkennt, gegen den ...rag.

Reichsminister Koch erkennt an, daß bei der Desorganisation häufig den Ostjuden gelingt, auf dem Wege der Bestechung mit falschen Pässen über die Grenze zu kommen. Er sieht Frage nicht als Parteifrage an. Bei unserem Mangel an ...rungsmitteln, an Wohnungen, bei der Gefahr der Seuchenverschleppung halten wir dafür, daß bei der Erteilung von Pässen Zurückhaltung verfahren wird. Es geht nicht an, wenig ...ndbare Arbeiter aus dem Osten zu importieren und gelernte ...sche Arbeiter dadurch zur Auswanderung zu zwingen.

Dr. Rosenfeld (U. S.) bezeichnet die Verhaftungen bei Razzia in der Grenadierstraße als eine Brutalität und ...det sich gegen alle Polizeimaßnahmen.

Frau Zietz (U. S.) redet gegen „die Schmach des Antisemitismus“. Bruhn (Dtschn.) wendet sich gegen die beiden Vorredner. Es sei tief bedauerlich, daß Vertreter deutscher Arbeiter die unlauteren und volksschädlichen Elemente, um solche ...delt es sich bei der östlichen Einwanderung vorwiegend, ein...ten. Der vormalige preußische Minister des Innern, Heine, ...e durch seinen „Schutzerlaß“ für die Ostjuden die unerträglichen Verhältnisse, die jetzt herrschen, ermöglicht. Die jüdischen Wohlfahrtsorganisationen, denen der Minister weitgehende Rechte ...tragen hat, sind zu Unternehmungen geworden, die die Einwanderung direkt befördern. Die Ostjuden sind zu einer Plage ...r das gesamte deutsche Volk geworden. Deshalb sollte dessen Vertretung, der Reichstag, sich für verpflichtet halten, dieser ...eren Schädigung entgegenzutreten.

Zentrum und Demokratie erklärten sich für den Antrag. Dr. Rosenfeld (U. S.) ist „erschüttert“ über die Zustimmung der Demokraten. Gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien wird der Antrag in den beiden ersten Teilen angenommen. Die Denkschrift soll sich nicht nur auf die Osteinwanderung, sondern auf die **gesamte Ein- und Auswanderung** erstrecken.

*

Im Haushaltungsausschuß des Reichstages wurde ein deutschnationaler Antrag unter Zustimmung des Ministers des Innern angenommen, der der Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente wehren will, ihre Rückführung und erforderlichenfalls Internierung verlangt, soweit sie sich als lästig erweisen, und eine Denkschrift über den Stand dieser Dinge fordert.

Der Gefangenenaustausch mit Rußland

b. Helsingfors, 22. Juli.

Die Auswechslung von deutschen und russischen Kriegsgefangenen begann gestern, am 21. Juli, über Björkö-Hafen und ...sterbäck durch Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes. Vorläufig findet die Auswechslung **einmal in der Woche** statt, wobei 500 deutsche und 500 russische Kriegsgefangene ausgewechselt werden.

Die Zeitung „Viborgs Nyheter“ gibt folgende Schilderung von der gestrigen Auswechslung: „Die russischen Gefangenen sahen ziemlich gut genährt aus und hatten saubere und gute Kleider an. Da sie dazu noch rasiert waren, sahen sie nicht besonders russisch aus, mit Ausnahme von einigen einzelnen, die die gewöhnliche russische „Fouraschka“ trugen. Die meisten hatten eine rote Schleife oder ein rotes Band auf der Brust. Man erzählte, daß die Russen unruhig waren, als sie die Grenze überschritten, weil sie Angst hatten, gleich **mobilisiert** zu werden. Auf der russischen Seite wurden die Gefangenen mit Musik empfangen. Die Anzahl der russischen Gefangenen war 507. — Einige Stunden später kamen die **deutschen** Kriegsgefangenen. Bärtig, **in Lumpen gehüllt, abgemagert**, mit Spuren von durchgemachten Leiden gingen sie schweigend über die Grenze. Einige trugen noch Reminiszenzen von ihren Uniformen.

Man sah auch mehrere Weiber und Kinder unter den Gefangenen. Die deutschen Gefangenen erzählten von dem **furchtbaren Zustand**, von der großen **Unordnung** und von den **gräßlichen Leiden**, die sie durchgemacht hatten. In Sibirien war es etwas besser, aber in **Moskau** und besonders in Petersburg war der Mangel furchtbar. In Petersburg hatte doch das deutsche Rote Kreuz ihnen geholfen. Krankheiten wüteten überall; so sind z. B. in einer Stadt im Tomsk-Gouvernement von 50 000 Einwohnern 40 000 an Typhus gestorben. Von den Gefangenen sind wenigstens 40 Prozent während der Gefangenschaft aus irgendeinem Grunde gestorben. Die Gefangenen haben schon längere Zeiten keine Verbindung mit der Heimat gehabt. Das Sowjet unterließ es nicht, seiner Gewohnheit getreu, die deutschen Gefangenen zu plündern. Einem alten deutschen Kolonisten wurden seine durch langjährige Arbeit erworbenen und die letzten Jahre versteckten 100 000 Zar-Rubel weggenommen. Sowjet gestattet nur eine Ausfuhr bis zu 10 000 Rubel.“

Aus dem städtischen Haushaltausschuß

Arbeiterwohnungen in Ammendorf — Fortsetzung der Etatsberatungen

Die **Aktiengesellschaft Lindner** in **Ammendorf** beabsichtigt, eine Reihe von **Wohnhäusern für ihre Arbeiter** in Ammendorf zu errichten. Die Landgemeinde Ammendorf ist mit ihrer Wasserleitung an das städtische Wassernetz angeschlossen. In dem seinerzeit abgeschlossenen Vertrage ist vorgesehen, daß auch neu anzulegende Straßen in Ammendorf an die Leitung der Stadt Halle anzuschließen sind, während Ammendorf die Zinsgarantie für die entstehenden Kosten übernimmt. Der jetzt in Betracht kommende Anschluß ist auf 47 000 Mk. veranschlagt, die mit 8 Prozent zu verzinsen sind. Da andere Mittel nicht zur Verfügung stehen, sollen die Kosten dem Reservefonds des Wasserwerkes entnommen werden. Die Vorlage wird genehmigt. — Die Kammern des Vorkühlers am Gaswerk II sind undicht geworden. Es ist nötig, 400 neue Siederohre in einer Gesamtlänge von 820 Metern zu beschaffen. Kosten im Betrage von 45 000 Mk. werden bewilligt. — Ein Gesuch einer Vereinigung von **Kleinrentnern** um Freilassung von der für das Jahr 1919 zu erhebenden 5 Steuerrate für Einkommen unter 5000 Mk. wird dem Magistrat zur Erwägung überwiesen. Es wird darauf hingewiesen, daß das Gesuch eigentlich zu spät kommt, da der durch die Freilassung entstehende Ausfall nicht mehr gedeckt werden könne und auch die Stadt in ihren Einnahmen für 1920, die sie vom Reich zu erhalten hat, geschädigt werden würde, da diese Ueberweisungen sich nach der Höhe der für 1919 tatsächlich erhobenen Steuern richtet. — Der Einspruch des **Vereins der Bodenreformer** gegen die Veranlagung der Grundsteuer nach dem Ertragswert wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Der Verein verlangt die Veranlagung nach dem gemeinen Wert, wie sie in fast allen Großstädten bereits besteht. Das Steuersoll wird dadurch nicht erhöht, sondern es tritt vielmehr nur eine Verschiebung der Steuer ein zugunsten der bebauten Grundstücke und zu Lasten der unbebauten Grundstücke. Durch die Steuer nach dem gemeinen Wert soll die Bodenspekulation verhindert werden. Seitens des Magistrats wird darauf hingewiesen, daß für das Jahr 1921 die **Steuer nach dem gemeinen Wert bereits beschlossen** sei. Umfangreiche Vorarbeiten seien bereits eingeleitet, es handle sich z. B. darum, eine Werttaxe sämtlicher Grundstücke neu zu beschaffen. — Die Ochsenbrücke am Einfluß des Mühlgrabens in die Saale gehörte bisher dem Fiskus. Dieser legt auf den weiteren Besitz keinen Wert und will die Brücke ohne Entschädigung an die Stadt übereignen. Das Angebot wird angenommen.

Nunmehr wird in der **Beratung des Etats** fortgefahren. Kapitel XII **Armen- und Fürsorgewesen** sieht eine Einnahme von 290 000 Mk. (— 49 000 Mk. gegen 1919) vor. Neu sind vier Ermittlungsbeamte eingestellt. Die persönlichen Kosten belaufen sich auf insgesamt 472 000 Mk., für Unterstützungen sind 1 110 000 Mk. mehr eingesetzt, da der Kriegsfonds weggefallen ist und die bisher daraus gezahlten Unterstützungen zu Lasten der Armenverwaltung gehen. An die Kliniken sind 200 000 Mk. (+ 110 000 Mk.), an das Alters- und Pflegeheim 689 000 Mk. (+ 516 000 Mk.) zu zahlen. Die Gesamtsumme der Ausgaben beträgt 3 779 000 Mk. (+ 2 327 000 Mk.). Ein einmaliger Zuschuß ist an die Haspitalverwaltung zu leisten im Betrage von 118 000 Mk., an das Paul Riebeckstift im Betrage von 85 000 Mk.

Eine sehr ausgedehnte Besprechung schließt sich an den **Etat für die Straßenbahn**. Die Einnahme erwartet aus Fahrgeldern 12 Millionen Mark (+ 6 100 000 Mk.), die Ausgabe sieht vor persönliche Kosten 488 000 Mk. (+ 274 000 Mk.), Betriebsanlagen 524 000 Mk. (+ 301 000 Mk.). Für Strom 2 200 000 Mark (+ 1 470 000 Mk.), Löhne 9 000 000 Mk. (+ 5 754 000 Mk.), Zinsen 315 000 Mk. (— 3200 Mk.), Haftpflicht 120 000 Mk. (+ 60 000 Mk.), Verkehrsabgaben 720 00 Mk. (+ 360 000 Mk.), Abschreibungen 788 000 Mk. (+ 216 000 Mk.). An den Reservefonds kann nichts abgeführt werden, da ein Ueberschuß bekanntlich nicht verbleibt, vielmehr ein **Zuschuß von 2600000 Mark erforderlich** ist. Die Höhe dieses Zuschusses wird allgemein bemängelt, und es wird die Frage aufgeworfen, wie man ihn etwa beseitigen könne ohne daß eine befriedigende Antwort gegeben werden könnte. U. a. wird angeregt, die **gesamten erwerbenden Institute unter die einheitliche Leitung eines technischen Dezernenten** zu stellen. Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Straßenbahn seinerzeit sehr teuer angekauft sei, wodurch eine starke Belastung des Zinsendienstes herbeigeführt werde. Der Fehlbetrag im Etat wird damit erklärt, daß sich die **Ausgaben vielfach verzehnfacht**, während sich die Einnahmen nur verfünffacht haben. Der Etat wird angenommen.

Neu tritt im Haushaltsplan das **Stadtmagazin** auf. Dieses hat die Bestände des früheren Kriegsmagazins mit 70 000 Mk. übernommen. Für die Ergänzung der Bestände sind 300 000 Mk. vorgesehen. Man erhofft eine Einnahme von 472 000 Mk.

Der **Etat der Friedhofsverwaltung** erfordert einen Zuschuß von 480 000 Mk. trotz erheblicher Erhöhung der Grabpflegegebühren. Diese sollen auf dem Stadtgottesacker 78 000 Mk., auf dem Südfriedhof 111 000 Mk., auf dem Nordfriedhof 92 000 Mk., und auf dem Gertraudenfriedhof 60 000 Mk. mehr erbringen als im Vorjahr. Die Gesamteinnahme ist auf 1 785 000 Mk. veranschlagt (+ 175 000 Mk.). Ausgaben für Grabpflege sehen auf dem Stadtgottesacker ein Mehr von 41 000 Mk., auf dem Südfriedhof von 195 000 Mk., auf dem Nordfriedhof von 134 000 Mk., auf dem Gertraudenfriedhof von 67 000 Mk. vor. Für die Unterhaltung der Gräber und Anlagen auf den Friedhöfen sind 344 000 Mk. angesetzt, die Unkosten für Bestattungen belaufen sich auf 222 000 Mk. (+ 157 000 Mk.). Die Gesamtsumme der Ausgaben beträgt 1 754 000 Mk. (+ 158 000 Mk.).

Das **Leihamt** schließt in Einnahme und Ausgabe mit 113 000 Mk. ab und erfordert einen Zuschuß von 24 000 Mk.

Kapitel VI **Allgemeine Verwaltung** erwartet eine Einnahme von 145 000 Mk. (+ 9000 Mk.); an Gehältern und Vergütungen sind 2 319 000 Mk. (— 1 705 000 Mk.) zu zahlen. Hierbei ist die Neuregelung der Gehälter nicht in Betracht gezogen. Die dafür ausgesetzte Summe findet sich im Kapitel „Insgemein“. Die sächlichen Kosten aus Kapitel 6 betragen 3 Millionen.

Kapitel VII **Polizei** erfordert einen **Zuschuß** von 4 633 000 Mk. (+ 3 515 000 Mk.). Die Einnahmen aus Gebühren und Strafen betragen 63 000 Mk. (+ 23 000 Mk.), die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 74 000 Mk. (30 000 Mk.). Die persönlichen Ausgaben sind auf 3 663 000 Mk. gestiegen (+ 2 720 000 Mk.), für Arbeitshilfen in den Büros werden 550 000 Mk. verlangt (+ 522 000 Mk.), die sächlichen Kosten erreichen eine Höhe von 238 000 Mk. (+ 177 000 Mk.). Der Gesamtaufwand für die Polizei ist auf 4 767 000 Mk. (+ 3 545 000 Mark) gestiegen. Von unabhängiger Seite wird darauf hingewiesen, daß wir, namentlich bei der Berücksichtigung der vorhandenen Sicherheitspolizei, **viel zu viel Polizeibeamte** hätten. **Diese Behauptung** wird aber von dem **stellvertretenden unabhängigen Polizeidezernenten bestritten**. Es seien vielmehr **noch nicht genug Beamte** vorhanden, eine Vermehrung habe nicht stattgefunden, während doch die Dienstzeit nach Einführung des Achtstundentages verkürzt sei. Jetzt käme auf 2200 Einwohner ein Schutzmann. Heiterkeit erregte der Hinweis, daß man in der Zeit, wo der Arbeiter- und Soldatenrat hier die Herrschaft ausübte, nicht der Meinung gewesen sei, daß man zu viel Polizei habe; denn man habe ja jedem Polizeibeamten noch einen bewaffneten Soldaten beigegeben. Seitens des Magistrats wird daruf hingewiesen, daß eine Entlastung der Städte durch **Uebernahme der Polizei auf den Staat wünschenswert und notwendig** sei. Auch der Städtetag habe sich in diesem Sinne ausgesprochen. Der Etat wird von der U. S. P. abgelehnt.

Kapitel VIII **Staats- und Provinzialangelegenheiten** führt zum erstenmal die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge mit auf. Hierzu zahlt das Reich 4/5, der Stat 1/10 der Beträge. Erstere erfordert 168 000 Mk., letztere 386 000 Mk. Die Provinziallasten sind auf 3 467 000 Mk. (+ 2 641 000 Mk.) angewachsen. Das Kapitel erfordert bei einer Gesamtausgabe von 3 784 000 Mk. (+ 2 882 000 Mk.) einen **Zuschuß** von 3 764 000 Mk. (+ 2 862 000 Mk.).

Die **Straßenbeleuchtung** wird auch im kommenden Jahre **weiter eingeschränkt** werden müssen. Es ist vorgesehen, daß nur ¼ der vorhandenen Laternen brennt. Die elektrische Notbeleuchtung soll weiter ausgedehnt werden, falls der Bedarf es erfordert. Die Kosten belaufen sich auf 691 000 Mk. (+ 398 000 Mk.).

Kapitel IX **Kirchenwesen** ist wohl das einzige Kapitel, das **keine Erhöhung** erfahren hat. Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf 5300 Mk. Seitens des Dezernenten wird darauf hingewiesen, daß man in Zukunft auch hier mit einer Erhöhung zu rechnen habe, da die kirchlichen Gebäude stark vernachlässigt seien und hohe Reparaturkosten erfordern würden.

Bei einer Ausgabe von 84 000 Mk. (57 000 Mk.) für die **städtischen Museen** sind für die Erweiterung der Sammlungen 20 000 Mk. (+ 10 000 Mk.) angesetzt. Es wurde bedauert, daß bei der Finanzlage der Stadt nicht mehr für Neuanschaffungen ausgegeben werden könne.

Den Schluß der Beratungen macht der **Etat des Zoo** (Kapitel XI). Die Eintrittsgelder im Zoo und in Wittekind sind auf 300 000 Mk. veranschlagt (+ 150 000 Mk.). Der **Badebetrieb, der auch im Winter** aufrecht erhalten werden soll, dürfte 60 000 Mk. (+ 41 000 Mk.) erbringen. Aus den Gastwirtschaften erhofft man eine Einnahme von 70 000 Mk. (+ 41 000 Mark), Gesamteinnahme ist auf 519 000 Mk. (+ 264 000 Mk.) veranschlagt. An Ausgaben sind vorgesehen 88 000 Mk. für Konzerte, die Tierhaltung beansprucht 385 000 Mk. (+ 187 000 Mk.), für persönliche Kosten sind 149 000 Mk. (+ 122 000 Mk.) aufzuwenden. Der Zuschuß beträgt 256 000 Mk. (+ 166 000 Mk.).

*

Kein städtisches Orchester.

Der **städtische Theaterausschuß** beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem unlängst von der U. S. P. eingebrachten Antrage auf Umwandlung des Stadttheaterorchesters in ein **städtisches Orchester**. Obwohl Magistrat und Ausschuß dem Antrag durchaus nicht ablehnend gegenüberstehen, wurde er doch nicht angenommen, und zwar mit Rücksicht auf die ohnehin schon recht ungünstige Finanzlage der Stadt. Ein städtisches Orchester würde nämlich eine **Mehrbelastung von über einer Million Mark** bedingen. Der Antrag wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der **Haushaltsplan des Stadttheaters** genehmigt, der einen Zuschuß von 475 000, d. h. ziemlich 300 000 M. mehr als im Vorjahre, erfordert. Es wurde bedeutet, daß diese Summe **voraussichtlich nicht ausreichen** werde, da bei Aufstellung des Etats mit einem 10prozentigen Rückgang der Besuchsziffer gerechnet sei, während dieser in der letzten Zeit 25 Proz. betragen habe. Schließlich wurde beschlossen, das **Gehalt des Theaterintendanten** auf 35 000 M. zu erhöhen.

„H. Z.“ Sportberichte

Rennen zu Berlin-Grunewald

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.“)

1. **Rubin-Jagdrennen.** 1. Tetta (Wurst), 2. Maja, 3. Mimose. Tot.: 19, 13, 21. Ferner lief: Williberta. — 2. **Buchen-Jagdrennen.** 1. Eiders Glorie (Bismark), 2. Rheinpreußen, 3. Trompeter. Tot.: 14, 13, 12, 31. Ferner liefen: Lulu, Onix, Duse, Magier. — 3. **Kinder-Hürden-Rennen.** 1. Finboge (Wurst), 2. Bimbam, 3. Orlog. Tot.: 45, 18, 15, 18. Ferner liefen: Leonore, Markscheider, Fröhlich, Heribert, Radicla, Brise, Rosendorn. — 4. **Murellenberger Jagdrennen.** 1. Sankt Martin (Besitzer), 2. Vesper, 3. Peredur. Tot.: 109, 25, 22, 20. Ferner liefen: El Diablo, Samum, Cherusker III, Roderich. — 5. **Großer Prüfungspreis.** 1. Hanswurst (Dyhr), 2. Marmolata, 3. Göterknabe. Tot.: 82, 32, 70, 31. Ferner liefen: Freilauf, Eichwald, Muse, Mörser, Der Sogenannte, Steinberger, Fustanella. — 6. **Preis von Gatow.** 1. Ferne (Wegener), 2. Christoph, 3. Laubfrosch. Tot.: 31, 16, 27, 29. Ferner liefen: Marmaros, Lotse, Ribisel, Vehmlinde, Berber, Geheimtip, Presto, Minorea. — 7. **Preis von Saarmund.** 1. Elfchen (Müller), 2. Philomele, 3. Reue. Tot.: 30, 11, 12, 13. Ferner liefen: Märchen, Pipifax, Hera, Sierra.

*

— **98er Sportplatz.** Vom letzten außerordentlichen Kreistag wurde die Erhöhung der Liga auf 10 Vereine beschlossen. Um die neuen Anwärter festzustellen, finden am nächsten Sonntag bereits Befähigungsspiele statt. Auf dem 98er Platze stehen sich zwei der aussichtsreichsten Bewerber nachmittags ½5 Uhr gegenüber, und zwar sind es die zwei Halleschen Vertreter Preußen I und Olympia I. Beide haben in den letzten Spielen der Frühjahrsserie recht gute Leistungen gezeigt und man darf mit Recht auf einen äußerst spannenden und erbitterten Kampf gefaßt sein, da in beiden Lagern fieberhaft gearbeitet wird, um das beste Spielermaterial auf die Beine zu bringen.

— **Der Große Preis von Berlin** gelangt am kommenden Sonntag auf der Treptower Radrennbahn in zwei Vorläufen über je 40 Kilometer und einem Endlauf über 60 Kilometer zur Entscheidung. Die Besetzung des Rennens ist mit Appelhans, Thomas, Lewanow, Wittig, Bauer und Krupkat die denkbar beste.

Der Große Preis von Dresden für Dauerfahrer und Flieger, der am 15. August auf der Radrennbahn in Dresden ausgefahren werden soll, hat eine sehr gute Besetzung erfahren. Den Großen Preis für Steher sollen Appelhans, Thomas, Wolf und Saldow, und den für Flieger Rütt, Stabe, Lorenz, Arend und Otto Meyer bestreiten.

— **Die Westdeutsche Straßenmeisterschaft** wird am Sonnabend in Köln über 10 Kilometer im Einzel- und Stafettenlauf ausgetragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007301-11/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 30. Juli.

50 jähriges Dienstjubiläum D. v. Dryanders

Oberhof- und Domprediger D. Ernst v. Dryander, Exzellenz, der Senior der deutschen evangelischen Geistlichen, blickt am Sonnabend auf eine 50jährige Dienstzeit zurück. Mannigfache Fäden verbinden den Gelehrten mit unserer Stadt Halle. Erblickte er doch hier am 18. April 1843 als Sohn des Konsistorialrates Hermann Dryander das Licht der Welt. Er besuchte das Kgl. Pädagogium der Franckeschen Stiftungen und begann dann auch sein Studium an der hiesigen Universität. Seine i. J. 1900 verstorbene Gemahlin war eine Tochter des Geh. Oberregierungsrates und Kurators der Universität Halle Dr. Roedenbeck.

Nach Abschluß seiner Studien in Tübingen wurde Dryander am 31. Juli 1870 am Dom in Berlin ordiniert. Nach pfarramtlicher Tätigkeit in Torgau und Bonn wurde er 1882 an die Dreifaltigkeitskirche zu Berlin, 1887 ins Konsistorium berufen. 1890 wurde er stellv. Schloßpfarrer, 1892 Generalsuperintendent der Kurmark, 1898 Oberhof- und Domprediger, 1903 Mitglied des Evang. Oberkirchenrats, 1907 geistlicher Vizepräsident desselben. Aus dieser Wirksamkeit schied er am 1. Juli 1918, wenige Monate nach Vollendung seines 75. Lebensjahres. Noch heute entfaltet D. v. Dryander in bewundernswerter Frische als Prediger am Dom zu Berlin wie als Ephorus des Domkandidatenstifts eine reichgesegnete Tätigkeit.

— **Der erste deutschnationale Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Merseburg,** Winterschuldirektor Emil Hemeter-Elsterwerda, gehört als Mitglied des Reichstagsausschusses für Petitionen den Fraktionsausschüssen für Landwirtschaft, Beamtenfragen, soziale Fragen, sowie für Kirche, Schule und Kultur an. Im Petitionsausschuß wirkt er als Schriftführer, im Landwirtschaftsausschuß als Geschäftsführer.

— **Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband.** Am Sonntag, den 1. August, hält der D. H. V. in den Lokalitäten des „Deutschen Reichsadler" in Trotha sein diesjähriges Sommer- und Kinderfest ab. Der Beginn ist auf 3 Uhr nachmittags festgesetzt.

— **Gemeinschaft.** Am Dienstag, den 3. August, abends 8¼ Uhr findet im Saale der Stadtmission, Weidenplan 4, die nächste Vierteljahrsversammlung des Bundes Hallescher Gemeinschaften statt. Pfarrer Bach wird einen Vortrag halten über das Thema: „Wesen und Segen christlicher Gemeinschaft" nach 1. Johannes 1. — Ueber „Du und Dein Gewissen", wird Diakon Elze am nächsten Sonntag abend 8¼ Uhr im Stadtmissionshause, Weidenplan 4, sprechen.

— **Auszeichnung.** Bei dem vom Bund deutscher Friseure und Perrückenmacher anläßlich des 49. Verbandstages in Stuttgart am 25. Juli abgehaltenen großen Damen-Preis-Frisieren erhielt der Friseur Aug. Faustmann, Leipziger Straße 48, den Preis von 300 M. in der Meisterklasse zuerkannt.

Provinz Sachsen

Noch keine Regierung in Thüringen

Weimar, 28. Juli.

Die Regierungsbildung in Thüringen ist gescheitert. Nachdem die Mehrheitssozialisten erklärt haben, sich nicht an einer Regierungsbildung beteiligen zu wollen, in der der Landbund, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei vertreten sind, bestand nur noch die Möglichkeit, aus diesen drei Gruppen und den Demokraten eine Regierung zu bilden, die allerdings nur mit einer Stimmenmehrheit hätte regieren, aber doch wenigstens vorläufig die Geschäfte hätte führen können. Die Demokraten konnten sich nicht entschließen, eine Regierung zu bilden, an der nur Politiker und Beamte teilnehmen sollten, die der Deutschen Volkspartei und dem Landbund angehörten.

Anhalt für Freigabe von Kartoffeln und Fleisch

R. Dessau, 29. Juli.

Der Anhaltische Landtag mußte seine Sommerpause unterbrechen, weil eine Anzahl Anträge und Interpellationen über die Ernährungslage des anhaltischen Volkes und zur Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft eingegangen war, die nach Erledigung drängten. Der Präsident des Staatsrates Deist legte die Stellungnahme der Regierung dar und wies auf die Abhängigkeit Anhalts vom Reiche hin. Auf eine Anfrage hat der Reichsernährungsminister geantwortet, daß die einseitigen, die Zwangswirtschaft aufhebenden Maßregeln Badens und Hessens unzulässig und daß Maßnahmen zur Rückgängigmachung eingeleitet seien. Der Reichsminister hat an seine Mitteilung das Ersuchen geknüpft, ein ähnliches Vorgehen in Anhalt mit allen Kräften zu verhindern. Die anhaltische Regierung kann sich der Richtigkeit der Auffassung der Reichsregierung nicht verschließen. Inzwischen hat aber der anhaltische Staatsrat alles getan, was in seinen Kräften steht, um der gerechten Forderung der Bevölkerung auf Senkung der hohen Lebensmittelpreise gerecht zu werden. Der Schleichhandel wird restlos erst mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft verschwinden. Der Staatsrat fordert aber von der Reichsregierung die Aufhebung der Zwangswirtschaft, wobei vorläufig noch eine Ausnahme für Milch und Getreide zu machen ist. Der anhaltische Staat fordert ferner die schleunige Auflösung der Kriegsgesellschaft und eine großzügige Politik der Produktionssteigerung. Es müssen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf dem Wege der Verhandlung unter Leitung der Reichsregierung Bedingungen vereinbart werden, die zur Mehreinstellung von Arbeitskräften und unter Aufrechterhaltung des 8-Stundentages zu vermehrter Arbeitsleistung führen. Daß dabei Zugeständnisse an die organisierte Arbeiterschaft gemacht werden müssen, sei selbstverständlich. Den Arbeitern müsse das gegeben werden, was den Wucherern und Schiebern abgenommen werde, den Handel- und Gewerbetreibenden die gewünschte Freiheit. Den Arbeitern und Angestellten die geforderte Besserung ihrer sozialen Stellung. Die Rede des ersten anhaltischen Staatsbeamten wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Das Haus nahm darauf den sozialdemokratischen Antrag, der die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch und Kartoffeln und die Auflösung der Kriegsgesellschaften fordert, einstimmig an.

Ferner wurde ein demokratischer Antrag Hesse angenommen, der sich gegen die Entscheidung in der Mittellandkanalfrage durch Preußen wendet und die Zuständigkeit des Reiches betont. In der Frage der Durchführung fremder Truppen durch anhaltisches Gebiet hat sich der Staatsrat an den Reichswehrminister gewandt und die Verhinderung aller Transporte gefordert.

— **Jena,** 29. Juli. (Die Besoldungsfrage der städtischen Beamten) befindet sich noch in der Schwebe. Das Ultimatum wurde zwar zurückgezogen, es wird aber immer noch mit dem Abbruch der Verhandlungen gedroht, wenn den Wünschen der Beamtenschaft nicht entsprochen werden sollte. Die bisherigen Verhandlungen zeigten, daß der Gemeinderat gewillt ist, die Selbständigkeit seiner Entschließung zu wahren.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen der volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Die abgelaufene Berichtswoche wurde von heftigen Schwankungen ausgefüllt. Der plötzliche Kurssturz an den großen Börsen, der durch die angebliche bolschewikische Gefahr hervorgerufen wurde, wirkte auch auf den heimischen Markt zurück und veranlaßte die berufsmäßige Unternehmung gegen Schluß der vorigen Woche zu umfangreichen Glattstellungen ihrer Verbindlichkeiten. Die Kurse gaben bei aussetzender Nachfrage schnell nach. Da aber das Publikum den Verkaufsandrang nicht verstärkte, nahm auch die Rückbewegung eine größere Ausdehnung nicht an, und als die politischen Nachrichten wieder günstiger lauteten und die großen Börsen zu Rückkäufen schritten, wurde auch der hiesige Markt zusehends fester. Die allgemeine Lage der Kohlenindustrie und Nachrichten von angeblichen Ankaufsbestrebungen großer Gruppen regten die Kauflust an und führten am Kohlenkuxenmarkte zu kräftigen Steigerungen, die die bisherigen Verluste nicht nur einholen, sondern für einzelne Werte darüber hinaus bemerkenswerte Aufbesserungen ergaben. König Ludwig konnten nach einem niedrigsten Kurse von 132 000 ℳ bis etwa 145 000 ℳ anziehen. Lothringen erholten sich von 126 000 ℳ bis 133 000 ℳ, Ewald überschritten leicht den Stand von 140 000 ℳ und Graf Bismarck erreichten schließlich diesen Kurs. In erheblichen Beträgen wurden Graf Schwerin gekauft. Langenbrahm, Fröhliche Morgensonne und Helene u. Amalie schlossen sich der Bewegung an, während Johann Deimelsberg und Heinrich ihr nur zögernd folgten. Von linksrheinischen Unternehmungen wurden umfangreiche Umsätze in Mörs-Kuxen zu hin und her schwankenden Kursen getätigt, wobei das Angebot auf die Nachricht weiteren Geldbedarfs etwas williger war. Wilhelmine Mevissen erholten sich bei starker Beteiligung des Marktes ansehnlich, und nur in Diergardt waren die Umsätze weniger bedeutend. Trier blieben völlig vernachlässigt, aber die übrigen, hier nicht genannten Werte, waren sämtlich an den Umsätzen beteiligt. Am Braunkohlenmarkte konnten sich mitteldeutsche Unternehmungen nach anfänglichen Glattstellungen im weiteren Verlaufe wieder erholen. Die Umsätze waren indessen nicht so zahlreich wie in der Vorwoche. Wesentlich größer waren sie dagegen in Oskarssegen, die in bedeutenden Mengen von guter Seite gekauft wurden. Auch Zukunft-Aktien gewannen bei lebhafter Nachfrage 25 Prozent. Nicht im gleichen Maße wie die Kohlenkuxe waren Kaliwerte an dem Geschäft beteiligt. Bei freundlicher Grundstimmung konnten zwar eine Reihe von ihnen ansehnliche Preisbesserungen erzielen, aber andere Gebiete nahmen an der Bewegung kaum teil. Bevorzugt waren von schweren Werten Burbach bis etwa 63 500 ℳ, Glückauf-Sondershausen bis etwa 69 000 ℳ, Neustaßfurt bis etwa 60 000 ℳ und auch für Wintershall traten nach längerer Unterbrechung wieder Käufer auf, die den Kurs der Kuxe um etwa 25 000 ℳ zu heben vermochten. Die Werte der Wilhelm Sauer-Gruppe waren eher vernachlässigt, wenn man von einzelnen Umsätzen in Hohenfels und Erichssegen absehen will. Auch für die Emil Sauer-Gruppe hat, mit Ausnahme von Rothenberg, die lebhaft gekauft wurden, das Interesse nachgelassen. Sehr fest und höher lagen dagegen Immenrode, Herfa, Neurode, Alicenhall, Reichskrone, Richard, Burggraf und Bernsdorf. Aus dem übrigen Verkehr sind Umsätze in Carlsfund, Einigkeit, Friedrichroda, Hansa-Silberberg, Hüpstedt, Felsenfest, Heimboldshausen, Ramsbach, Schwarzburg, Thüringen und Volkenroda hervorzuheben. Am Kaliaktienmarkte schwankten die im Vordergrunde stehenden Werte, insbesondere Hallesche Kali, Krügershall, Rannenberg und Heldburg mit der allgemeinen Stimmung. Unverändert fest blieben Adler-Kaliwerke, Adolfsglück und Sigmundshall. Schließlich sind die überaus lebhaften Umsätze im Mansfelder Kupfer zu erwähnen, die zunächst bis 4800 ℳ bezahlt wurden, auf die bekannte Verwaltungserklärung bis 3900 ℳ zurückgingen, um sich danach wieder bis 4200 ℳ zu erholen.

Aktiengesellschaften

Elektrische Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier A.-G. in Berlin. Auf der Tagesordnung der zum 21. August einberufenen Hauptversammlung steht u. a. Erhöhung der Bahnpfandschuld und Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Berlin nach Halle a. S.

Stendaler Kleinbahn A.-G. in Stendal. Das Unternehmen erzielte, nach der erst jetzt veröffentlichten Bilanz, in dem am 30. September 1919 abgelaufenen Geschäftsjahre einen Betriebsüberschuß von 196 917 M. (158 919 M.). Der Reingewinn von 18 705 M. (80 508 M.) wird auf neue Rechnung vorgetragen. Für 1917/18 wurden 3 Proz. Dividende verteilt. Das Aktienkapital von 2 866 000 M. wurde inzwischen um 2,7 Millionen Mark erhöht.

Kaliwerke Aschersleben. In der Gewerkenversammlung der Bergwerksgesellschaft Mariaglück, die zum Interessenkreise der Kaliwerke Aschersleben gehört, berichtete die Verwaltung über den Stand des Unternehmens, daß die Aufschlüsse auf der oberen Sole im Sylvinitlager zur Zufriedenheit vor sich gehen. Man habe gute Aufschlüsse zu erwarten. Die Salze seien von einer guten Beschaffenheit und ermöglichten eine günstige Verarbeitung in einer demnächst zu errichtenden Fabrik. Es sei ein Bankguthaben von 650 000 M. aus der Begebung der Anleihe übrig geblieben. — In der Gewerkenversammlung der Bergwerksgesellschaft Habighorst in Celle teilte die Verwaltung mit, daß die Entwicklung der Grube zur Zufriedenheit vor sich gehe. Nach längerer Pause werde das Auslandsgeschäft demnächst wieder eingeführt. Dies sei deshalb wesentlich, weil die Inlandpreise nicht ausreichend seien, um die Kosten zu decken. Zurzeit stehe ein Guthaben aus Anleihe und Betriebsüberschüssen von 2 389 440 M. zur Verfügung.

Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerk. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 16 auf 25 Millionen Mark. Von den neuen Aktien werden zunächst an die Firma Gebrüder Stumm, Neunkirchen, 2½ Millionen Mark gegeben, als Gegenleistung für das Einbringen von Aktien des Annener Gußstahlwerkes in Annen, des Stahlwerks Oeking, Düsseldorf, und der Vereinigten Preß- und Hammerwerke A.-G. in Dahlhausen. Weitere 2½ Millionen Mark bleiben für Neuanlagen und schwebende Geschäfte reserviert, und auf die übrigen 10 Millionen Mark Aktien wird den alten Aktionären ein Bezugsrecht im Verhältnis von 8 : 2 zu 125 Prozent eingeräumt. Die Versammlung ermächtigte ferner die Verwaltung zur Aufnahme einer Obligationsanleihe bis zur Höhe der Hälfte des Aktienkapitals. Von der Begebung dieser Anleihe soll aber vorläufig Abstand genommen werden.

Ein neues Braunkohlenunternehmen der Deutschen ... Unter dem Namen „Maxhütte", Braunkohlen-, Tonwerk G. m. b. H., Sitz Berlin, ist eine Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen worden. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und der Betrieb des unter der Firma „Maxhütte" Braunkohlen-, Ton- und Sandwerke in Wörlitz (Kreis Wittenberg) betriebenen Bergwerkunternehmens. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmungen ähnlicher Art zu beteiligen und überhaupt alle Maßnahmen zu ergreifen und alle Geschäfte zu machen, die zur Erreichung und Förderung des Gesellschaftszwecks dienlich erscheinen. Stammkapital: 40 000 Mk. Geschäftsführer: 1. Dr. Hans von ... in Berlin, 2. Baurat Karl Janisch in Wannsee bei Berlin, 3. Bergassessor a. D. Max Pohl in Berlin-Schöneberg. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. April 1920 abgeschlossen.

✱

Unveränderte Preise für Fleischhackmaschinen. Wie uns der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in ... feld mitteilt, sah sich der Verband deutscher Fleischhackmaschinen-Fabrikanten bei seiner Tagung am 21. Juli 1920 außerstande, eine Preisherabsetzung vorzunehmen, weil die Selbstkosten sich noch nicht nennenswert verringert haben, auch die Verbandspreise sich stets eng der Kalkulation angepaßt und keinen übermäßigen Gewinn eingeschlossen haben.

✱ **Nachrichten des deutschen Treibriemenverbandes** von ... Das 4. Heft des 1. Jahrganges ist soeben erschienen und enthält unter anderem einen Bericht über den Wettbewerb für Riemen aus Ersatzstoffen für Dreschmaschinen sowie einen Marktbericht für Mai—Juni 1920.

✱ **Die englischen Spielwarenfabrikanten** sind von neuem über die drohende Konkurrenz der deutschen Spielwaren-Industrie beunruhigt, da in den ersten fünf Monaten dieses Jahres Spielwaren im Gesamtwerte von 750... Pfund Sterling aus Deutschland nach England ausgeführt worden sind.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. In größerem Maße machte sich heute an der Börse Geschäftsstille bemerkbar und nur am Montanmarkt und in Bergmann-Aktien kam es zeitweise zu etwas regeren Umsätzen. In den bisher bevorzugten Montan- und Kaliaktien drückten Realisationen. Die Kurse gingen um 4 bis 6 Prozent zurück. Bergmann gewannen 13, Deutsch Ueberseeische 20 Prozent, sonst war in chemischen, Elektrizitäts- und verschiedenen anderen Industriepapieren gleichfalls Realisationslust vorherrschend, doch kam es nur bei Hirsch Kupfer und Rheinstahl zu etwas stärkeren Kurseinbußen. Petroleum- und Kalipapiere lagen bei unerheblichen Kursschwankungen fest. Für Valutapapiere bestand im Einklang mit der festen Haltung der ausländischen Devisenkurse einiges Interesse. Am Rentenmarkt sind unbedeutende Kursveränderungen festzustellen.

Produktenbericht. Wegen der immer näherrückenden Ernte hält sich das Geschäft im alten Hafer in engen Grenzen bei unbedeutenden Preisveränderungen. Von Hülsenfrüchten sind Erbsen zu Futterzwecken verschiedentlich gehandelt worden. Auch für Peluschken, gute Ackerbohnen und Saatlupinen bestand einige Nachfrage. Wetter veränderlich.

Devisen-Notierungen: Berlin, 29. Juli.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1456.—	1459.—	New-York	41.82½	41.9...
Brüssel-Antwerp.	344.65	345.35	Paris	321.65	322...
Christiania	675.30	676.70	Schweiz	716.75	718...
Kopenhagen	671.80	673.20	Spanien	649.35	650...
Stockholm	894.10	895.90	Wien (altes)	23.97	24...
Helsingfors	159.80	160.20	Oesterreich abgest.	24.72	24...
Italien	227.25	227.75	Prag	84.52½	84.7...
London	157.80	158.20	Budapest	24.72	24...

Hafernotierungen:

Berlin, 29. Juli. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen —— loko ab Bahn —,— Mark sofortige Abladung ab Abladestationen 2450—2480 Mark. Tendenz: etwas fester.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch Treuhand-Ges	815,—
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	74,20	Deutsche Erdöl	1800
5% Deutsche Reichsanl.	79⅝	Deutsche Gasglühl.	5110,
4 " "	69,50	Deutsche Kali	417,—
3½ " "	59,40	Deutsche Waff. u. Mun.	381,50
3 " "	60,20	Donnersmarkhütte	400,—
4 Preuss. Konsols	68,40	Döring u. Lehrmann	156,75
3½ " "	59,50	Dürkoppwerke	461,—
3 " "	54,50	Elberfelder Farben	397,—
4 Charl. Stadtanl. 89/99	98,—	Engelhard Brauerei	244,—
4 Magdeb. Stadtanl. 91/06	—,—	Felten u. Guilleaume	412,—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	100,—	Gasmotoren Deutz	185,—
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	88,60	Gebhardt u. Co.	380,—
3 " "	—,—	Gebhardt u. König	225,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	97,75	Gelsenkirch. Bergb.	316,75
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	98,—	Glauziger Zuckerfbr.	498,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Hallesche Masch.-Fabr.	479,50
4 " "	—,—	Hann. Masch.	347,—
Ausländ. Werte		Harpener Berg	385,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	—,—	Hasper Eisen	560,—
4 Ungar. Gold-Rente	54,75	Hirsch Kupfer	270,—
4 Ungar. Kronen-Rente	27,80	Höchster Farbw.	362,—
Eisenbahn-Aktien:		Hoesch Eisen u. Stahl	383,—
Halberstadt-Blankenb.	75,—	Hohenlohe-Werke	220,—
Halle-Hettstedter	—,—	Humboldt-Masch.	174,—
Schantungbahn	642,—	Ilse-Bergbau	450,—
Allg. Lokal-Str.	93,25	Kahla-Porzellan	410,—
Gr. Berl. Str.	127,75	Kaliw. Aschersleben	412,—
Magdeburger Str.-B.	145,—	Körbisd. Zucker-Akt.	403,—
Lux. Prinz Heinrich-B.	—,—	Kyffhäuserhütte	191,—
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co.	190,50
Hambg. Paketfahrt	175,50	Lauchhammer	420,—
Hambg.-Südamerika	234,—	Laurahütte	275,—
Hansa-Dampfschiff	275,—	Lingel, Erfurt	230,—
Nordd. Lloyd	171,75	Linke u. Hofmann	364,75
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	281,—
Bank für Thür.	159,—	Lothringer Hütte	297,—
Berl. Handelsges.	206,—	Mannesmannröhren	377,—
Comm u. Diskontobank	160,—	Maschinenfabr. Buckau	235,—
Darmstädter Bank	142,50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	228,75
Dess. Landesbank	128,50	do. Caro Heg.	261,50
Deutsche Bank	264,—	do. Kokswerke	406,—
Diskonto-Comm.	198,25	Orenstein u. Koppel	271,50
Dresdner Bank	162,75	Phönix-Bergb.	440,50
Credit-Anst. Leipzig	152,50	Rhein. Metall-Vorz.	288,—
Mitteld. Kreditbank	141,75	Rhein. Stahlwerke	365,—
" Privat-Bank	152,—	Riebeck. Montan	372,—
Nationalbank	149,25	Rombacher Hütten	281,75
Oesterr. Kredit	88⅛	Rositzer Braunk.	401,—
Reichsbank	140,—	Rositzer Zucker	233,—
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	414,—
Schultheiss-Brauerei	245,—	Hugo Schneider u. Co.	280,—
Akt. f. Anilin	360,—	Schuckert u. Co.	194,—
Allgem. Elektr.-Ges.	295,50	Siemens u. Halske	255,—
Ammendorfer Papierf.	659,50	Stettiner Chamotte	295,—
Anhalter Kohlenw.	305,—	Stettiner Vulkan	223,—
Annaburger Steingut	346,—	Stollberger Zinkh.	203,—
Badische Anilin	459,75	Strals. Spielkarten	355,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	238,50	„Terra", Samen-A.-G.	299,—
Berl. Masch.-Bau	270,—	Thale-Eisenhütte	424,75
Bismarckhütte	560,—	Triptis-Akt.-Ges.	224,50
Bochumer Gußstahl	377,—	Türkische Tabakregie	770,—
Chem. Fabrik Buckau	400,—	Ver. Köln-Rottweiler	298,—
Chem. Griesheim	295,—	Glanzstoff Elberf.	1110,
Chem. v. Heyden	349,—	Wegelin u. Hübner	180,—
Consolidation Schalke	720,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	354,—
Cröllwitzer Papierfabr.	270,—	Westeregeln-Alkali	380,—
Daimler-Motoren	[illegible]	Wittener Gußstahl	770,—
Deutsch-Luxemburg	297,—	Wrede-Mälzerei	143,50
		Zeitzer Masch.	508,—
		Zellstoff Waldhof	326,—
		Otavi-Minen	760,—

Tendenz: abgeschwächt.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher (verreist).
Verantwortlich für Politik: i. V. Hans Heiling; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Sellheim. Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007301-11/fragment/page=0004